Jeder Mensch verdient Gesundheit Gesellschaftspolitische Aspekte zu Ursachen und Umgehensweise mit Armut in unserer Gesellschaft

Prof. Dr. Christoph Butterwegge, Universität zu Köln

- das Referat liegt nicht schriftlich vor
- stichwortartige Zusammenfassung wesentlicher Aussagen: Bernadette Hake

Armut

- galt jahrzehntelang in Deutschland als Tabuthema
- wurde nicht wirklich ernst genommen und bekämpft
- heute steht hier die Situation in Krankenhäusern im Mittelpunkt
 - Privatisierung, Kommerzialisierung und Ökonomisierung schreiten voran
 - Konsequenz: arme Patienten und Patientinnen
- 3 Mio. Haushalten wurde 2012 der Strom abgestellt
- 6 Mio. Haushalten erhielten die Androhung

Altersarmut

- 2,4 % aller alten Menschen sind betroffen, Tendenz steigend
- ältere Menschen
 - sind arm, wenn sie sich Leistungen auf dem Gesundheitsmarkt nicht kaufen können
 - schämen sich, auf finanzielle Hilfe angewiesen zu sein
 - haben Angst, dass ihre Kinder in Regress genommen werden

relative Armut

- in Deutschland sprechen wir von relativer Armut, weil Armut in Madgeburg anders aussieht als in Köln
- Armut in einem reichen Land stellt sich anders dar, als Armut in einem armen Land
- relative Armut = sich nicht leisten zu können, was sich die meisten leisten können

arme Menschen werden ausgegrenzt und für ihre Situation selbst verantwortlich gemacht:

- das Problem „Armut“ wird an Betroffene delegiert
- es findet eine Entsolidarisierung und Desozialisation statt

Armut stigmatisiert Betroffene und Helfende

- BSP Schule: „Bei uns gibt es Armut/Gewalt/Rassismus nicht!“ – Angst vor Imageverlust

weitere Positionen von Prof. Dr. Butterwegge

- wenn man ein Gesellschaftsbild im Kopf hat, in dem es weder Armut noch großen Reichtum gibt, dann nimmt man beides nicht wahr
- mit dem Wirtschaftswunder sind alle nach „oben“ gefahren
- mit steigender Arbeitslosigkeit sind alle nach „unten“ gefahren
 - Prof. Dr. Butterwegge nennt es „Paternostereffekt“, da es zeitgleich nach oben und unten geht
- auch Reichtum konzentriert sich auf immer weniger Reiche
- 15% der Bevölkerung verfügen über weniger als 60% des Durchschnittseinkommens
 - sie leben an der Armutsrisikoschwelle
 - sie sind von Armut bedroht, d.h. ein Schritt von Armut entfernt
 - Auslöser können z. B. Krankheit oder Kündigung sein
 - verfügen nicht über finanzielle Reserven

- je nach Region findet eine Ballung von Armut statt
- das Krankheitsrisiko des Einzelnen steigt in einer ungleich werdenden Gesellschaft
 - Konsequenz ist die Volksweisheit: wer krank ist, stirbt früher
 - es entsteht ein Teufelskreis von Armut und Gesundheit
- heute gibt es neue Formen der Armut
 - Abbau des Sozialstaates = neoliberaler Umbau der Gesellschaft
 - Deregulierung der Arbeitsverhältnisse
 - Staat zieht sich aus der Verantwortung zurück
 - strukturelle Veränderungen infolge
 - Hartz IV
 - Gesundheitsreform (Praxisgebühr)
 - Aufgabe des paritätischen Prinzips der Zahlung von Beiträgen zu gesetzlichen Krankenversicherung (Riester-Reform)
 - Liberalisierung des Arbeitsmarktes
 - Entstehung eines breiten Niedriglohnsektors (22 % der Arbeitsverhältnisse)
 - wer hat, dem wird gegeben
 - Erhöhung der Mehrwertsteuer (2007: von 16 % auf 19 %)
 - Windeln 19 %
 - Pferdkauf 7 %
 - Aktienkauf 0 %
 - Senkung der Kapitalsteuer von 53 % (Kohlregierung) auf heute 19 %
 - Elterngeld – Anrechnung auf Hartz IV
 - Trend bei Krisen in Europa: statt hohe Steuern auf Kapitalerträge, sehen die Forderungen der Troika Rentenkürzungen und Reduzierung der Mindestlöhne vor
- mögliches Unwort des Jahres könnten sein: Privatinitiative, Eigenfürsorge, Selbstbeteiligung
- der Sozialstaat verrottet
 - caritative Organisationen sollten Staat ergänzen nicht ersetzen: Tafelläden
 - Gesundheitswesen:
 - Entstehung von Zentren für Migrantenmedizin
 - zahlreiche Menschen ohne Krankenversicherung – Selbständige, Illegale
 - 1,6 Mio. Kinder/Jugendliche unter 15 Jahren leben von Hartz IV
 - d. h.: Regelsätze sind zu niedrig
 - sie ermöglichen kein auskömmliches Leben
 - Teilhabe an Kultur und Bildung gefährdet
 - Spaltung der Gesellschaft ist die Konsequenz
 - mangelnde Sorge für Benachteiligte
 - Anspruch der „sozialen Marktwirtschaft“ ist nicht gegeben

- Veränderungen sind möglich:
 - stärkeres Sozialbewusstsein entwickeln
 - solidarische Bürgerversicherung einführen
 - Aufhebung der Beitragsbemessungsgrenzen gesetzlicher Krankenversicherungen
 - Sozialstaat weiter entwickeln
 - Spaltung der Gesellschaft zurückfahren
 - friedlich gemeinsame Zukunft sichern
 - Solidarität fördern
 - Verteilungsgerechtigkeit sichern

Bernadette Hake
Freiburg, Juli 2013

Die Bundestagung der BAG Katholische Krankenhaus-Hilfe wurde gefördert: